

„Alleingang nicht sinnvoll“

Mayer zum EU-Verbraucherschutz

Nach dem Nitrofen-Skandal muss die Länders-Kooperation verbessert werden. Das sagt Prof. Hans-Peter Mayer, CDU-Europaabgeordneter aus Vechta.

Von Stefan Idel

Frage: Als Konsequenz aus dem Nitrofen-Skandal strebt die EU-Kommission einen europaweiten Kontrollplan für den Lebensmittelvertrieb an. Kommt auf Deutschland eine neue Bürokratie-Welle zu?

Mayer: Nein. Der Kontrollplan stützt sich auf das EU-Grünbuch von 2000. Dort wird insbesondere die Zusammenarbeit im Lebensmittelbereich angesprochen. Leider sind in Ländern mit föderalen Strukturen wie Deutschland die Kontrollen nur schwer zu organisieren. Verbraucherschutzkommissar Byrne fordert die Bundesländer daher auf, rasch zu melden.

Frage: Kann man die Bundesländer zu mehr Mitarbeit zwingen?

Mayer: Sie müssen vor allem je eine zentrale Behörde für die Lebensmittelkontrolle sowie für ein Krisenmanagement aufbauen.

Frage: Was muss die Bundesregierung tun?



Mayer: Vor allem weiter aufklären. Noch sind sechs Prozent der Fälle nicht vollständig dokumentiert. Zudem sollte die Regierung die Zusammenarbeit mit der EU vorantreiben. Ein Alleingang beim Verbraucherschutz ist wenig sinnvoll.

Frage: Ist mit finanzieller Hilfe aus Brüssel zu rechnen?

Mayer: Das ist bislang nicht vorgesehen. Bei Extremfällen ist grundsätzlich eine gesonderte Eingabe möglich. Das war beispielsweise bei der BSE-Krise der Fall, als Landwirte europäische Mittel erhielten.

Frage: Wird Belgien seine Maßnahmen gegen Deutschland lockern?

Mayer: Verbraucherschutzkommissar Byrne rechnet damit, dass Deutschland bis Freitag alle Bedenken ausräumen kann. Dann müsste Belgien seine Sanktionen aufheben.